

# Editorial

Joachim Becker

Während in großen Teilen der EU die nationalistische Rechte politische Gewinnerin der aktuellen Krise ist, haben in den südeuropäischen Ländern – mit der Ausnahme Italiens – Linkskräfte punkten können. In Griechenland ist seit Anfang 2015 Syriza die Hauptkraft der Regierung, in Portugal bildete nach den Wahlen vom letzten Oktober der Partido Socialista (PS) eine Regierung, die durch den Partido Comunista Português (PCP), die Grünen und den Bloco de Esquerda (BE) gestützt wird. In Spanien deutet sich nach den starken Verlusten des nationalistisch-konservativen Partido Popular (PP) und des Partido Socialista Obrero Español (PSOE), den bisherigen Hauptträgern des spanischen Parteiensystems, sowie dem Aufstieg der linksorientierten Podemos und im weit geringeren Maße der nationalistisch-liberalen Ciudadanos eine parlamentarische Pattstellung an. Den konjunkturellen Bedingungen für den relativen Aufschwung der Kräfte links der Sozialdemokratie in Spanien und Portugal geht dieses Debattenforum nach. Gleichzeitig sind durch die Erfahrungen der Syriza-geführten Regierungen in Griechenland die durch die harte Linie der EU-Institutionen gesetzten massiven Restriktionen augenfällig geworden. Zu diesen treten innere Handlungsbegrenzungen hinzu. Auch diese Herausforderungen für eine regierende Linke, die ernsthaft mit der Austeritätspolitik brechen will, werden im Debattenforum angesprochen.

Der Aufschwung der Linken in Griechenland, Portugal und Spanien ist kein allein durch konjunkturelle Faktoren erklärbares Phänomen. Vielmehr haben sich die drei Länder im 20. Jahrhundert einerseits durch eine begrenzte Hegemoniefähigkeit der Bourgeoise, andererseits durch eine relevante Rolle von Kräften links der Sozialdemokratie, darunter über lange Phasen hinweg die Kommunistischen Parteien, ausgezeichnet.

## Die Krise der Diktaturen und die Linkskräfte in den siebziger Jahren

In Portugal und Spanien war die Herrschaft als faschistisch zu kennzeichnender Regime von der Zwischenkriegszeit bis Mitte der 1970er Jahre Ausdruck der fehlenden bürgerlichen Hegemoniefähigkeit. In Griechenland gab es in der Nachkriegszeit Phasen eines parlamentarischen Systems – allerdings mit autoritären Verhärtungen gegenüber den Linkskräften. Von 1967 bis 1974 herrschte eine rechte Militärdiktatur vor. Im Kampf gegen die rechten Diktaturen waren die Kommunistischen Parteien ein zentraler Pfeiler des Widerstandes. Sozialdemokratische Kräfte – in der Region eher als sozialistisch bezeichnet – waren in der Endphase der Diktaturen eine relativ schwache Strömung des Widerstandes. Ausgehend von einer an der Sozialdemokratie orientierten Exilgruppe wurde der portugiesische PS erst 1973, im Jahr vor dem Ende des salazaristischen Regimes, gegründet – und zwar in Bad Münstereifel in den Räumlichkeiten der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung (Sperling 1987: 182). In Spanien „war zu Beginn der siebziger Jahre die Lage des PSOE nicht optimal. Da sie durch das Exil dominiert wurde und durch anti-kommunistische Vorurteile eingeengt wurde, war ihre Rolle in der anti-franquistischen

Opposition marginal“, hält Rodríguez (2015: 121) fest. Nur in ganz wenigen Regionen Spaniens hatte sie eine relevante Präsenz, obgleich von der Studierendenbewegung positive Impulse für den PSOE ausgingen. In Griechenland spielte die griechische Kommunistische Partei seit ihrem Widerstand gegen die faschistische Besatzung eine zentrale Rolle auf der Linken. Im Bürgerkrieg, der auf die deutsche Besatzung folgte, wurde sie durch die Rechte, die von Großbritannien und den USA unterstützt wurde, geschlagen. Ab 1947 war sie illegalisiert. Während der Militärdiktatur (1967–74) kam es in der Kommunistischen Partei 1968, dem Jahr des Prager Frühlings, zu einem endgültigen Bruch zwischen den auf die Sowjetunion orientierten Kräften und einer Strömung, die auf Distanz zur Sowjetunion ging. Sie nahm die Debatten über einen griechischen Weg zum Sozialismus auf und setzte sich mit den Gründen für frühere Niederlagen selbstkritisch auseinander. Mit Bezug auf den Widerstand im griechischen Untergrund konstituierte sich diese Strömung als KKE-es (innere Kommunistische Partei; vgl. Chiclet 2015: 150f.). In Griechenland wurde die „lange Tradition der Identifizierung der Linken mit der Kommunistischen Bewegung“, wie Karpozilos (2014: 85) feststellt, erst 1975 mit der Gründung der Sozialistischen pan-hellenischen Bewegung (PASOK) aufgebrochen, welche „nicht-kommunistische Radikale des Widerstandes gegen die Diktatur mit der Welt des alten ‚Zentrums‘ um einen ideologischen Eklektizismus herum zusammenbrachte, der Abhängigkeitstheorien, Keynesianismus und das Paradigma der nationalen Befreiungsbewegungen der ‚Dritten Welt‘ miteinander mischte“ (ebenda). Chiclet (2015: 147) charakterisiert die damalige PASOK als eine „atypische sozialistische Partei“ und hebt hervor, dass diese sich anfänglich auch von einer Mitgliedschaft in der Sozialistischen Internationalen Abstand nahm. Zu deren Linken gab es die kommunistischen Strömungen.

Parallel zu den Erschöpfungserscheinungen des Fordismus in den europäischen Zentrumsländern stießen auch die auf industrielle Importsubstitution gegründeten und zunehmend auf die EWG-Staaten orientierten Akkumulationsmodelle in Spanien und Portugal an Grenzen. Zugleich veränderte die durch Industrialisierung und Urbanisierung modifizierte Sozialstruktur auch die innere Konfliktodynamik, beispielsweise durch zunehmende Arbeitskämpfe, wie im Fall des spät-franquistischen Spanien. Auch innerhalb des bürgerlichen Blockes kam es zu Ausdifferenzierung und ökonomischen wie politischen Verschiebungen. Kräfte innerhalb des Blockes begannen sich für die Frage politischer Liberalisierungen und einer begrenzten „Öffnung“ zu interessieren.

Für das Ende der Diktaturen und die Formen des Übergangs zu bürgerlich-demokratischen Verhältnissen spielten aber auch jeweils spezifische Faktoren eine Rolle. In Portugal war das der Kolonialkrieg, der sich als nicht gewinnbar herausstellte. Die Militärangehörigen wurden in gewisser Weise durch diesen Krieg politisiert (Mateus o.J.). Es waren linke Militärs, die der Rechtsdiktatur 1974 ein Ende setzten. Politisch waren einzelne wichtige ProtagonistInnen der Revolution durch das Denken der Befreiungsbewegungen in den portugiesischen Kolonien und allgemeiner durch Sozialismus-Vorstellungen, die als „terceiro-mundista“ (drittweltlich) bezeichnet wurden, beeinflusst (Secco 2004:159, Rosas o.J.: 257). Der Sturz der Diktatur leitete in Portugal einen revolutionären Prozess ein, der zunächst mit tiefgreifenden Veränderungen der Eigentumsstrukturen – Agrarreform im Süden des Landes und Nationalisierung von Schlüsselbetrieben – begleitet war. In diesem Prozess rangen der PCP, andere Kräfte der radikalen Linken wie der PS um die „politische Hegemonie“ (Sperling 1987). Hierbei war das Movimento das Forças Armadas (MFA) – und damit die politischen Kräfteverhältnisse im Militär – neben den politischen Parteien ein ausschlaggebender Faktor. Bei den westlichen Regierungen – auch in sozial-

demokratisch regierten Ländern – löste die Dynamik der portugiesischen Veränderungsprozesse erhebliche Besorgnisse aus. Sie versuchten massiv von außen Einfluss zu nehmen. Ihre wichtigsten Hoffnungsträger waren einerseits der PS, andererseits, zumindest in der Anfangsphase, weniger stark radikalisierte Offiziere (vgl. zeitgenössisch: Münster 1975: 116ff., aus zeithistorischer Sicht: Sá 2009). Zunehmende Restriktionen gingen von der sich rapide verschlechternden Zahlungsbilanz aus. Dies führte zur Einleitung von austeritätspolitischen Maßnahmen im Jahr 1977; 1978 unterzeichnete das nach-revolutionäre Portugal ein erstes, mit scharfen wirtschaftspolitischen Auflagen verbundenes Abkommen mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) (Mateus 1998: 114 ff.). Bereits 1976 setzten sich die „moderateren“ Tendenzen durch. Diese Phase war durch stark divergierende Gesellschaftsprojekte und eine scharfe Konkurrenz und erhebliche Konflikte zwischen PCP und PS getragen. Dieses Erbe prägte auch die kommenden Jahrzehnte. Die Konfliktgeschichte lässt auch erahnen, wie weit PS und PCP über ihren Schatten gesprungen sind, um in der heutigen Konstellation ein Übereinkommen zu ermöglichen, das eine linksorientierte Regierungsalternative zu der, auf eine scharfe Austerität orientierten, Rechten zu ermöglichen.

In Spanien setzte der Tod Francos letztlich den Prozess des Übergangs, der *Transición*, in Gang. Er wurde verhältnismäßig stark durch Reformkräfte, die aus dem Spätfranquismus hervorgingen, geprägt. Obwohl auch die spanische *Transición* zunächst von starken sozialen Bewegungen, gerade auch der ArbeiterInnenschaft, begleitet war, zeichnete er sich durch starke Elemente der Konzertierung zwischen SpitzenvertreterInnen der rechten Reformkräfte einerseits und der anti-franquistischen Opposition andererseits (vgl. bspw. die kritische Analyse von Rodríguez 2015). Hierbei war der Partido Comunista de España (PCE) zunächst noch verboten und musste um seine Zulassung kämpfen und verhandeln. In den Verhandlungen selbst zeigte sich der PCE dann allerdings – nicht ohne Spannungen mit seiner Basis – ziemlich moderat. Der PSOE zeigte sich in Konkurrenz mit dem PCE, die durch ihre zentrale Rolle im Widerstand große Achtung genoss, zuweilen durchaus scharfzüngiger, stand er doch unter Profilierungsdruck. Für die rechten Reformkräfte war das Entstehen einer Alternative zur PCE für ihre Übergangstrategie ein zentrales Anliegen. Eine Stärkung der spanischen Sozialdemokratie war auch ein Bestreben der westeuropäischen SozialdemokratInnen. Sie förderten den Organisationsaufbau sowohl der PSOE als auch des auf die PSOE orientierten Gewerkschaftsverbandes UGT in hohem Ausmaß, wobei auch hier der deutschen Sozialdemokratie besondere Bedeutung zukam (Rodríguez 2015: 168). Im Umfeld der ersten demokratischen Wahlen nach der Diktatur im Jahr 1977 positionierte sich die PSOE gegen „einen Pakt mit den Kommunisten, zunächst unter dem Vorwand eine Auferstehung des Gespenstes einer neuen Volksfront (gegen welche die Franquisten 1936 bis 1939 den Bürgerkrieg geführt hatten; JB) zu vermeiden, später dann, in expliziter Form, mit Verweis auf einen ‚nordischen Weg‘ zur Macht“ (ebenda: 146). Das hieß, die Orientierung auf Wahlsiege im Alleingang oder durch Koalitionsbildungen mit Regionalparteien. Mit dem PSOE bereits als stärkster Kraft auf der Linken wurden auf dem Weg einer Elitenkonzertierung dann weitere Meilensteine der *Transición* – die Verfassung von 1978 und ein Sozialpakt – abgeschlossen. Die Grundlage des politischen Projektes dieser Konzertierung war ein „Modernisierungsdiskurs“ (Rodríguez 2015: 350). Verstanden wurde Modernisierung hierbei als ein „effizienter Kapitalismus“, liberale Demokratie und individuelle Freiheit (García Durán 1991: 438).

Durch starke StudentInnenproteste geschwächt, trat die griechische Militärjunta 1974

die Flucht nach vorn an und betrieb in Zypern einen Putsch der griechisch-sprachigen extremen Rechten. Dieser endete in einem Debakel und mit einer türkischen Militärintervention, die zu einer dauerhaften Teilung der Insel führte. Danach war die Position der Militärdiktatur nicht mehr haltbar. Die Elemente des Bruchs waren stärker als in Spanien, waren aber – anders als anfänglich in Portugal – nicht mit sozialrevolutionären Prozessen verbunden. Die PASOK vertrat anfangs Positionen, die sich mit der Thematisierung von Aspekten der ökonomischen Dependenz und einer kritischen Position zur Integration in die EWG von der typischen Sozialdemokratie unterschieden. Die konservative Regierung, die auf die Diktatur folgte, trieb den EWG-Beitritt rasch voran und schaffte Fakten gegen die linke Beitrittskritik. Der EWG-Beitritt Griechenlands erfolgte ungleich schneller – nämlich bereits 1981 – als jener Spaniens und Portugals. 1981 war auch das Jahr des ersten PASOK-Wahlsieges. Die zunächst auf Umverteilung, Schaffung von Ansätzen von Sozialstaatlichkeit und Rehabilitierung der linken KämpferInnen im Bürgerkrieg nach 1945 gerichtete Politik der PASOK wurde von den kommunistischen Strömungen zunächst positiv aufgenommen, es gab Kooperationen auf kommunaler Ebene etc. In der zweiten Hälfte der 1980er Jahre fand dieses kooperative Verhältnis jedoch ein Ende (vgl. Karpozilos 2014: 85 f.). Die PASOK schwenkte von den sozialdemokratischen Parteien Südeuropas am spätesten auf den „Modernisierungsdiskurs“ ein, der in der Region in besonders paradigmatischer Form vom PSOE vertreten wurde. In der Tendenz gingen eine (sozial-)liberale Modernisierungspolitik und eine verstärkte Orientierung auf die neuen Mittelschichten Hand in Hand (Rodríguez/López 2015: 349ff.).

### **Kapitalistische Normalisierung, EU-Integration und abhängige Entwicklung**

In allen drei Ländern alternierten nach der ersten Phase des Übergangs sozialdemokratische und rechte Parteien in der Regierung – allein in Griechenland gab es zwei kurze Episoden kommunistischer Regierungsbeteiligungen in Ausnahmekonstellationen (davon sogar einmal in Koalition mit der rechten Nia Demokratia). Klientelistische Praktiken waren angesichts begrenzter Hegemoniefähigkeit ein wichtiges Moment für die Abstützung der gesellschaftlichen Position der wechselnden Regierungsparteien. Die Konsolidierung parlamentarischer Verhältnisse war von einer allmählichen sozialen De-Mobilisierung gekennzeichnet. Parteipolitische Kräfte links der Sozialdemokratie konnten sich in einer minoritären Position aber zumindest behaupten. In Portugal war die Hauptkraft auf diesem Feld der orthodox ausgerichtete PCP, der einige kommunale Hochburgen im Süden des Landes und im (früheren) Industriegürtel von Lissabon besaß. Als linkssozialistische Kraft entstand 1999 der intellektuell strahlungskräftigere Bloco de Esquerda auf Initiative von vier kleinen Linksparteien. Der BE hat immer großen Wert auf die innerparteiliche Demokratie gelegt (womit er sich vom „demokratischen Zentralismus“ des PCP abgrenzte) und sich systematisch bemüht, Brücken zu alten und neuen sozialen Bewegungen zu bauen. „Er will die die historischen Arbeitskämpfe mit den neuen Kämpfen gegen sexuelle oder rassistische Diskriminierung verbinden“, so Heilig (o.J. 292). Die Stimmengewichte auf der Linken haben sich tendenziell, wenn auch nicht durchgängig zum BE hin verschoben. Erstmals gewann er 2009 mehr Stimmen als der PCP, dies war auch 2015 bei der Parlamentswahl wieder der Fall. Während die portugiesischen KommunistInnen orthodox orientiert waren, zeigte sich die spanische KP zumindest programmatisch eurokommunistisch ausgerichtet. Um den PCE bildete sich die Izquierda Unida (IU) als linkes Bündnis. IU/PCE haben sich sowohl in ihrer inneren Struktur als auch elektoral als weit

weniger stabil erwiesen als der PCP. In Spanien haben zudem linke Gruppierungen auf Ebene der Regionen, speziell im Baskenland und Katalonien, eine weit zurückreichende Tradition. In Griechenland kam es bereits während der Militärdiktatur zur Spaltung der Kommunistischen Partei, wobei sich neben einer äußerst orthodoxen auch eine nicht auf die Sowjetunion orientierte Strömung, die KKE-es, herausbildete. Syriza ist eine durch zahlreiche Umgruppierungen entstandene Fortführung dieser zweiten Strömung. Syriza zeichnete sich durch eine relativ starke Öffnung zu sozialen Bewegungen aus und fand eine relativ starke Resonanz unter Intellektuellen (Ovenden 2015: 22 f.). Die Kommunistischen Parteien bewahrten sich in allen Fällen Einfluss auf die ihnen nahestehenden Richtungsgewerkschaften. Die beiden orthodoxen Kommunistischen Parteien in Griechenland und Portugal vertraten eine konsequent EU-kritische Position.

Der EU-Beitritt der drei Länder bedeutete die Eingliederung in einen zunehmend neoliberal ausgerichteten Regulierungsrahmen und den Verlust an Schutzmechanismen für die oft noch relativ schwache, verarbeitende Industrie. Während PASOK die absehbar negativen Konsequenzen des EU-Beitritts für die griechischen Produktionsstrukturen problematisierte, sahen die SozialdemokratInnen in Portugal und Spanien den EU-Beitritt als zentrales Moment einer Modernisierungsstrategie. In Portugal setzte eine Umkehrung der revolutionären Sozialisierungsmaßnahmen im Vorfeld des EWG-Beitrittes ein, es kam zu einer „Rekonstituierung und Schaffung von Wirtschafts- und Finanzgruppen“ (Rosa 2013: 184 ff.) mit starker Konzentrationstendenz. Aus einer Modernisierungsperspektive verharmloste der PSOE das Wegbrechen ganzer Industriebranchen und die industrielle Verödung einiger Landstriche als „Restrukturierung“, auf die sie als Regierungspartei mit begrenzten sozialpolitischen Abfederungen reagierte (Rodríguez 2015: 280 ff.). Damit wurde die industrielle ArbeiterInnenschaft (die in Griechenland ohne ziemlich klein war) geschwächt. Diese war allerdings auch nicht die zentrale Referenz für die sozialdemokratischen Parteien, die sich zunehmend auf die neuen Mittelschichten (für die durch Ausweitung des Bildungswesens etc. Angebote gemacht wurden) orientierten. In allen drei Ländern setzte, wenngleich in unterschiedlichen Akzentuierungen, eine verstärkte Orientierung auf Massentourismus, die Bauwirtschaft und den Immobiliensektor ein. Diese Ausrichtung wurde durch den Beitritt zur Eurozone, der nun auch von der PASOK befürwortet wurde, weiter verstärkt. Speziell in Griechenland und Spanien stimulierte durch Kapitalzuflüsse angeregtes Kreditwachstum die Binnennachfrage. In Portugal blieb hingegen das Wirtschaftswachstum nach dem Beitritt zur Eurozone verhältnismäßig schwach. Alle drei Länder wiesen nun hohe Leistungsbilanzdefizite auf, die durch steigende Auslandsverschuldung finanziert wurden (vgl. z.B. Komsopoulos 2016, López/Rodríguez 2010, Romão 2006, Mota u.a. 2014).

### **Große Krise, Austeritätspolitik und die Linkskräfte**

Mit der großen Krise verloren die seit den 1980er Jahre entfalteten Akkumulationsmodelle ihre Grundlage. Die privaten Kapitalzuflüsse trockneten aus. Damit brach die kreditgetriebene Akkumulationsdynamik zusammen und die hohen Leistungsbilanzdefizite konnten auch nicht mehr wie zuvor finanziert werden. Im Vergleich zur osteuropäischen Peripherie außerhalb der Eurozone trat die volle Dramatik in den südeuropäischen Ländern allerdings erst mit einer leichten zeitlichen Verzögerung offen zu Tage.

In allen drei Ländern fiel die Zuspitzung der Krise in die Regierungszeit sozialdemokratischer Parteien. In allen drei Fällen unterschätzten diese die Krisendynamik. Teils such-

ten sie anfangs noch schwache anti-zyklische Maßnahmen zu setzen, doch schwenkten sie rasch auf einen Austeritätspolitik um, der gerade auch ihre KernwählerInnenschaft hart traf. Während die sozialdemokratischen Regierungen in Spanien und Portugal bald die Wahlen verloren und durch Rechtsregierungen ersetzt wurden, blieb die PASOK in unterschiedlichen Rollen über Jahre hinweg Hauptkraft oder doch zumindest Juniorpartner in Austeritätsregimen. Während Spanien nur begrenzt auf den EU-Rettungsfonds zurückgriff, schlossen die Regierungen Griechenlands und Portugals umfassende Kreditabkommen mit der EU und dem IWF, die mit einer scharfen Austeritätspolitik und einer vertieften Neoliberalisierung der Wirtschaftspolitik verbunden waren. Für die Rechtsparteien bedeutete der äußere Druck zugleich die Chance bestimmte Politikmaßnahmen, z.B. Lohnkürzungen und die strukturelle Schwächung der Gewerkschaften, durchzusetzen, die unter anderen Umständen an innergesellschaftlichen Widerständen gescheitert wären. Im Fall Portugal vertrat die Rechtskoalition eine aggressive Pro-Austeritätsposition, wie *Luis Lopes* und *Margarida Antunes* in ihrem Beitrag aufzeigen, sogar offensiv. In Griechenland versuchte der damalige PASOK –Ministerpräsident Giorgos A. Papandreu im November 2011 mit dem Vorschlag eines Referendums einen Ausweg. Eingefädelt durch EU-Spitzen kam es daraufhin zu einem Sturz Papandreus und die Bildung einer durch einen bankennahen Technokraten, Loukas Papadimos, angeführten Mehrparteienregierung von der PASOK bis hin zur harten Rechten (Chondros 2015: 52 ff.). Bei den folgenden Wahlen verlor PASOK immer mehr Unterstützung, blieb aber bis Anfang 2015 Teil von Austeritätskoalitionen.

Die politische Selbstmarginalisierung von PASOK eröffnete Spielräume für die Linke. Syriza, die sich 2012 von einem Parteienbündnis zu einer Partei umformierte, vermochte diese Räume zu besetzen. Syriza entwickelte ein enges Verhältnis zu den sozialen Protestbewegungen, der Aufschwung in Griechenland bereits vor Beginn der Krise eingesetzt hatte. Auch als die Proteste gegen die Austeritätspolitik ab 2012 Abschwächungserscheinungen zeigten, stieg der elektorale Rückhalt von Syriza weiter (vgl. z.B. Karpozilos 2014: 90 ff., Ovenden 2015), wobei sich ihre WählerInnenschaft von eher gut gebildeten Bevölkerungsgruppen hin zu den unteren Gesellschaftsklassen ausweitete, sich die Partei von einer „Intellektuellen- zu einer Volkspartei“ transformierte, wie Biver (2015: 55) auf den Punkt bringt. Nach den Wahlen von 2012 in einer wesentlichen strafferen Organisationsstruktur transformierte sich Syriza, so Stathis Kouvelakis (2016: 49), der bis Juli 2015 dem Zentralkomitee von Syriza angehörte, zunehmend in eine „führerzentrierte Partei“. Eine Regierungsübernahme kam allmählich in den Bereich des real Denkbaren. Damit stellte sich für Syriza auch die Frage eines potenziellen Regierungsprogramms. In der Partei gab es einen Konsens in der Frage der Ablehnung der Austeritätspolitik, nicht aber in der Frage der Eurozonen-Mitgliedschaft. Die Mehrheit hoffte auf die Möglichkeit, den austeritätspolitischen Konsens in den EU-Gremien aufbrechen zu können. Eine Minderheit hielt hingegen einen Austritt aus der Eurozone für notwendig für ein linkes Transformationsprogramm (Karpozilos 2014: 101 ff.). Bestimmend für den Kurs der Partei blieb die Mehrheitsposition. Bei dieser Positionierung spielte die starke Orientierung substantieller Bevölkerungsgruppen, auch der Syriza-WählerInnenschaft, eine wesentliche Rolle. „Man sollte“, so Stathis Kouvelakis (2016: 45), der selbst eine euro-kritische Position vertritt, „die Popularität des Euro in den Ländern der südlichen Peripherie – Griechenland, Spanien Portugal –, für die ein Beitritt zu EU einen Beitritt zu politische und wirtschaftlichen Moderne bedeutete, nicht unterschätzen.“ Die Kommunistische Partei (KKE) hingegen vertrat hingegen eine hart EU- und Euro-kritische Position. Sie tat dies allerdings in einer



extrem dogmatischen und abstrakten Form und grenzte sich offensiv von anderen Kräften der Linken ab. Ihre Haltung war weit von den sozialen Realitäten, Tagesforderungen und Stimmungen entfernt (ebenda: 92 f.). Daher vermochte die KKE bislang in der Krise politisch nicht zu punkten.

Am 25. Jänner 2015 wurde Syriza – trotz einer systematischen Angst- und Medienkampagne der Mainstream-Kräfte – mit 36,3% der Stimmen stärkste Parlamentspartei. Da die stimmenstärkste Partei einen Sitzbonus bekommt, reichte dies zur Bildung einer Regierungskoalition mit der rechtsnationalen ANEL, welche die Anti-Austeritätsposition von Syriza mittrug. Als Regierungspartei war Syriza in keiner einfachen Position. Ihr Parteikader war nicht besonders groß, da er nicht im gleichen Maß größer wurde wie die WählerInnenschaft. Viele Parteikader wurden nun in den Staatsapparat abgezogen. Gleichzeitig fehlten der Partei zum Teil die Leute, um strategische Positionen im Staat überhaupt besetzen zu können. Der Staatsapparat war vielfach feindselig eingestellt, insbesondere auch in Schlüsselinstitutionen, wie der Zentralbank. Zudem standen Schlüsselstellen in der Staatsverwaltung unter Aufsicht der Troika (Ovenden 2015: Kap. 5, Konecny 2015: 333f., Biver 2015: 58ff.). Gleichzeitig sah sich die Syriza-Regierung dem frontalen Angriff der Troika ausgesetzt. Die Hoffnung, Verbündete innerhalb der Euro-Gruppe zu finden, erfüllte sich nicht (vgl. Varoufakis 2015: 10, 20 ff., 55 ff., Chondros 2015: 142 ff.). Kurz nach der Regierungsübernahme wurde zwar die Frage der Vorbereitung eines Plans B für den Fall eines Scheiterns der Verhandlungen in der EU diskutiert – aber ohne darauf folgende Schritte. Rückblickend hält das Giorgos Chondros (2015: 194), Mitglied des Syriza-Zentralkomitees, selbstkritisch fest: „Der zentrale Schwachpunkt der Strategie von Syriza war, dass es keinen echten Plan B gab, einen Plan zum Herauswinden aus dem erpresserischen Diktat ‚Memorandum oder Drachme‘.“ Auf die Zuspitzung des Konflikts mit der Troika, deren Verhandlungsposition die Europäische Zentralbank mit Beschränkungen der Liquiditätszufuhr für die geschwächten griechischen Banken deutlich stärkte, reagierte die Syriza-Regierung zunächst mit einem Referendum, in dem am 5. Juli 2015 61,3% „Nein“ zur Austeritätspolitik der Troika sagten. Die Eurogruppe, in welcher der deutsche Finanzminister Wolfgang Schäuble offen einen „vorübergehendes“ Ausscheiden Griechenlands bei dessen fehlender Bereitschaft zur Verfolgung der Austeritätspolitik in den Raum gestellt hatte, ignorierte dieses Votum. Da sie keine Alternative zum Verbleib in der Eurozone vorbereitet hatte, war die griechische Regierung in einer schwachen Verhandlungsposition. Sie gab den Forderungen der Eurogruppe nach. Wie Stathis Kouvelakis (2016: 47) jüngst in einem Interview mit der *New Left Review* erklärte, sprachen sich VertreterInnen des linken Parteiflügels in einer Kabinettsitzung im Mai 2015 für eine informelle Sondierung bei Schäuble aus, was aber von der Premierminister Alexis Tsipras abgelehnt wurde. Die Linke Plattform innerhalb von Syriza war für ein Ausloten der Austrittsoption.

Das Einschwenken auf die Austeritätspolitik, die unter extremen Druck erfolgte, wurde von einem Teil der Parteiführung wie auch der Parteimitglieder nicht mitgetragen. Eine erhebliche Zahl an AktivistInnen zog sich aus der Partei zurück. Die euro-kritische Linke konstituierte sich als eigene Partei, Laika Enotita (Chondros 2015: 195 ff.). Die Erosion von Syriza führte zu vorzeitigen Neuwahlen im September 2015. Bei diesen erreichte Syriza mit 35,5% noch einmal eine ausreichende Stimmenzahl, um weiterhin mit ANEL zu regieren (während Laika Enotita den Sprung ins Parlament – auch dank des Antretens von zwei, weiterer Euro-kritischer Kleinparteien – knapp verpasste). Die tiefe politische Enttäuschung drückte sich vor allem in einem starken Rückgang der Wahlbeteiligung (um etwas zehn Prozentpunkte) aus. Die Wahlabstinz belief sich auf etwa 45%, mehr als bei

jeder Wahl seit 1946 (Chiclet 2015: 157). Wirtschafts- und sozialpolitische Spielräume hat Syriza fast keine. Die sozialen Protestbewegungen mobilisieren jetzt gegen die Syriza-Politik. Syriza hat sich in einer ähnlichen Rolle verfangen, wie die PASOK zwischen 2010 und Anfang 2015.

Der griechische Fall zeigt die extremen Herausforderungen an, die sich für die Linkskräfte in Portugal und Spanien für den Fall einer Regierungsübernahme und den Versuch einer austeritätskritischen Politik stellen. In beiden Fällen war die Rechte nach den letzten Wahlen gegen Ende 2015 nicht in der Lage, selbst eine Regierung zu bilden. Die portugiesische Rechtskoalition hat die Austeritäts- und Privatisierungspolitik im Rahmen der Memorandums mit der EU mit besonderer Verve nicht nur erfüllt, sondern sogar übererfüllt, wie *Luís Lopes* und *Margarida Antunes* in ihrem Beitrag darstellen. Die sozialen Konsequenzen waren sehr gravierend; 2011 und 2012 waren die sozialen Proteste daher auch relativ stark. Die beiden großen Gewerkschaftsdachverbände, der KP-nahe CGTP und der eher dem PS und dem rechten Partido Social Democrata (PSD) nahestehende UGT, organisierten gemeinsam drei Generalstreiks. Dass beide Gewerkschaftsverbände in dieser Form zusammen agierten, hatte es lange nicht gegeben. Doch danach erschöpfte sich die Protestdynamik. Im Wahlkampf zogen BE und PCP Konsequenzen aus der Niederlage von Syriza gegenüber der Troika. Der BE forderte, aus dem Euro auszusteigen, falls es für Portugal keinen Schuldenschnitt gäbe. Auch der PCP sprach sich offen für einen Austritt aus der Euro-Zone aus (Dräger 2015: 41). Bei den Wahlen im Oktober kamen PCP und BE zusammen auf 18,5% der Stimmen. Dies war gegenüber den Wahlen von 2011 ein Plus von beachtlichen fünf Prozentpunkten – fast ausschließlich zugunsten des BE. Als historischer Wahlerfolg für die Parteien links der Sozialdemokratie ist dies allerdings nicht zu werten, vor gut 30 Jahren kam das Wahlbündnis um den PCP in seinen besten Tagen allein auf einen vergleichbaren Stimmenanteil. Zusammen mit dem leicht verbesserten Wahlergebnis des PS von 32,4% reichte es rechnerisch für eine Mehrheit gegen die Rechtsparteien.

Als historisch sind die Übereinkommen zwischen dem PS und den beiden Linksparteien zu werten. Zwischen PS und PCP gibt es lange Zeit tiefe Gräben. Der BE, der schon in den letzten Jahren Beziehungen zur PS-Linken entwickelt hatte, spielte bei der Anbahnung der Übereinkommen eine wichtige Rolle (Szymanski 2015: 2). Die komplizierte Konstellation drückt sich dadurch aus, dass der PS mit BE und PCP jeweils eigene Übereinkommen traf. Die von den Linken gestützte PS-Regierung musste gegen den erklärten Willen des (rechten) Staatspräsidenten Aníbal Cavaco Silva durchgesetzt werden. Dessen Designierung des rechten Kandidaten, Pedro Passos Coelho, zum Premierminister scheiterte am parlamentarischen Widerstand von PS, BE und PCP. Wie *Lopes* und *Antunes* herausarbeiten, ist der Minimalkonsens der neuen Regierung eine Abschwächung der Austerität, speziell bei der Fiskal- und Einkommenspolitik, sowie ein Ende der Privatisierung unter Beibehaltung der Mitgliedschaft in der Eurozone. Dies ist ein äußerst enger Spielraum – und die EU-Institutionen zeigen sich bereits zunehmend feindselig gegenüber der neuen Regierung, da diese zumindest in Ansätzen eine Alternative zum Berlin-Konsens versucht. Die Grenzen der Alternative zeigten sich bereits in der Frage der Bankensanierung. Im Dezember 2015 wurde bekannt, dass die BANIF, eine private Bank faktisch pleite ist, was von der Regierung in Absprache mit der Banco do Portugal aus wahltaktischen Überlegungen geheim gehalten worden war. Obwohl erst kurz zuvor eine Richtlinie der EU zum Bail-In von den Gläubigern verabschiedet worden war, drängte die EZB die portugiesische Regierung zu einer Geldspritze von 2,2 Mrd. Euro. Anschlie-



ßend erzwang die EU-Kommission den Verkauf an die spanische Santander-Gruppe, zusammen mit einer üppigen Steuererleichterung. Die Alternative einer Verschmelzung mit der staatlichen Caixa Geral de Depósitos lehnte sie ab. Das Projekt der EU-Kommission wurde im Parlament mit den Stimmen der PS und bei Enthaltung der PSD angenommen, während die beiden Linksparteien BE, PCP und Grüne dagegen stimmten. „Die PS hat damit gezeigt“, so João Camargo (2016: 13), „dass sie bei ihrer Linie bleibt, in Bezug auf den Banken- und Finanzsektor der Linie der EU zu folgen“. Die Regierung hat einen Knacks bekommen, potenzielle Bruchstellen wurden offengelegt.

In Spanien hat die Krise zu weit radikaleren Veränderungen des Parteiensystems geführt als in Portugal, wie *Lukas Oberndorfer* in seinem Beitrag herausarbeitet. Wie in Portugal kam es auch in Spanien zu mehreren Generalstreiks der beiden großen Gewerkschaftsdachverbände Confederación Sindical de Comisiones Obreras (CC.OO) und Unión General de Trabajadores (UGT). Verfolgten die Gewerkschaften zunächst eine Doppelstrategie von Protest und Verhandlungen gegenüber den Austeritätsstrategien, sie konzentrierten sich gegenüber der absolut verhärteten Position der hart-rechten PP-Regierung aber stärker auf die Protestseite. Einige Proteste und ein Generalstreik 2012 stellte den bisherigen Protesthöhepunkt dar – sie richteten trotz großer Beteiligung jedoch wenig gegen die Regierungspläne aus (Hofmann 2015: 19ff.). Parallel hierzu entfalteten sich 2011 große Proteste auf öffentlichen Plätzen, vor allem Movimiento 15 M, der vor allem von jungen, oft gut ausgebildeten prekär Beschäftigten, Arbeitslosen und Studierenden getragen wurden. Diese richteten sich nicht allein gegen die Austeritätspolitik, sondern wandten sich auch Repräsentativitätsdefizite des parlamentarischen Systems sowie die grassierende Korruption und forderten „Democracia real, ya!“. Sie standen den traditionellen Linksparteien und Gewerkschaften distanziert, teils auch feindselig gegenüber (vgl. z.B. Calle Collado 2013, Fernandez Steinke 2011). Gleichzeitig unterschätzten auch die Gewerkschaften die Wichtigkeit dieser Protestbewegung (Hofmann 2015: 20f.). Beide Protestströmungen flauten – angesichts der Hartnäckigkeit des PP – allmählich ab, obgleich in einzelnen Segmenten – zum Beispiel in der Frage der Hypothekenkredite und Eviktionen – dauerhafte Organisationen entstanden sind.

Es fehlten offensichtlich politische Kräfte, welche die sozialen Proteste aufgriffen. Dieses Defizit wurde durch die GründerInnen von Podemos aufgegriffen. Deren engerer Kern hatte oftmals Lateinamerika-Erfahrungen und ließ sich eine Stück weit von lateinamerikanischen Linksparteien inspirieren. Sie suchten sich auf dem diskursiven Feld eigenständig – als Kraft gegen die sogenannte „Kaste“ von etablierten Wirtschaftsinteressen und Parteispitzen – zu positionieren (Zelik 2015: 119 ff., Rivero 2015). Das Parteimodell von Podemos hat einen sehr eigenen Charakter. Es verbindet eine intensive Medienarbeit mit eher tradierten Formen der Parteienarbeit (vgl. die Eigendarstellung bei Iglesias 2015: 18ff. sowie Zelik 2015: 119ff., 145ff. und Rivero 2015, v.a. Kap. VI und VII). Deutlich stärker als die portugiesischen Linksparteien, stärker aber auch als Syriza, wo der Premierminister Alexis Tsipras eine immer dominantere Rolle spielt, ist Podemos auf eine Führungsperson, nämlich Pablo Iglesias, ausgerichtet. Dieser setzte auch durch, dass die siegreiche Liste alle Sitze im Vorstand besetzt. Dies ist für die Binnenpluralität nicht gerade eine optimale Lösung (und fällt in dieser Hinsicht auch gegen die traditionelle IU zurück; vgl. Zelik 2015: 149ff.). Bei Kommunalwahlen, aber auch bei der Aufstellung regionaler Listen ist Podemos zum Teil Bündnisse mit anderen Kräften eingegangen. Hierdurch gelangten in den Großstädten, wie zum Beispiel Barcelona, langjährige AktivistInnen von sozialen Bewegungen auf kommunale Schlüsselposten.

Im Vorfeld der aktuellen Wahlen gab es Debatten über ein gemeinsames Antreten von Podemos und IU, deren Verhältnis kompliziert ist. Beide Formationen traten getrennt an. Podemos stellte in sozio-ökonomischer Hinsicht ein neokeynesianisches Programm mit dem Schutz für die verwundbarsten Bevölkerungsgruppen in den Vordergrund. In Hinblick auf den Euro hatte sich Podemos lange eng an der Syriza-Politik orientiert. Sowohl Podemos als auch die IU hielten der Syriza-Politik auch im Herbst 2015 weiter die Stange (Dräger 2015: 40), unterscheiden sich also von den portugiesischen Linksparteien. Podemos griff aber auch die Repräsentationsdefizite der real existierenden Demokratie in Spanien und die aufbrechende kritische Debatte zum Eliten-Kompromiss bei der Verfassung von 1978 auf. Dies impliziert eine Frontstellung gegenüber den etablierten politischen Parteien, gerade auch dem PSOE. Dem durch zahlreiche Korruptionsskandale erschütterten Partido Popular erwuchs in den nationalistisch-liberalen Ciudadanos, die medial stark gepusht wurden, auf der rechten Seite des Parteienspektrums ebenfalls neue Konkurrenz.

Podemos kam mit 20,7% nur knapp hinter dem PSOE mit 22,0% auf den dritten Platz. Die Izquierda Unida kam nur auf 3,7% der Stimmen – und war erneut die Leidtragende des stark verzerrenden Wahlrechts. Brauchten PP und PSOE etwa 60.000 Stimmen für einen Abgeordneten, waren es bei der IU 461.000 (González 2015). Wie in Portugal ist auch in Spanien die Rechte (PP und Ciudadanos) nicht in der Lage, selbst eine Regierung zu bilden. Auf der Linken stellen sich die Verhältnisse hingegen komplizierter als im Nachbarland dar. Die Bildung einer Linksregierung ist bislang nicht zustande gekommen. Der PSOE hat ein Signal nach rechts gesetzt, in dem er einen – aussichtslosen – Koalitionspakt mit der den nationalistisch-liberalen Ciudadanos, der massive Konzessionen (wie den Verzicht auf Steuererhöhungen) beinhaltet, geschlossen hat (Mateo 2016). In Podemos mit seinen unterschiedlichen Strömungen hat die Frage der Positionierung zum PSOE zu inneren Spannungen geführt. Als „Klippe der Linken“ hat sich, so der katalanische Sozialwissenschaftler Marc Guinjoan in einem Interview mit der argentinischen Pagina/12, die Frage eines Unabhängigkeitsreferendums (Ragucci 2016). Ein solches wird vom PSOE abgelehnt, während sich Podemos in einem Wahlprogramm für ein Referendum (nicht aber für eine katalanische Unabhängigkeit) ausgesprochen hat. Eine Linkskoalition bräuchte die Unterstützung von Regionalparteien. Es zeichnen sich erneute Wahlen ab.

## Schlussfolgerungen

Wenngleich in allen drei Ländern die Kräfte links der Sozialdemokratie einen gewissen Aufschwung erfahren haben und neue Regierungskonstellation mit Öffnungen nach links zumindest in den Bereich des Möglichen rückten, unterscheiden sich die Parteien der Linken in ihrer politischen Kultur, ihrem Verhältnis zu sozialen Bewegungen und ihrer strategischen wie taktischen Optionen erheblich. Die Mitgliedschaft in der Eurozone und das kompromisslose Vorgehen der Troika-Institutionen, aber auch der deutschen Bundesregierung als EU-Zentralmacht stellen eine große Herausforderung für Alternativstrategien dar. An dieser ist Syriza zunächst einmal gescheitert. Für die anderen Linkskräfte wird es eine entscheidende Frage sein, welche Konsequenzen sie daraus ziehen.

## Literatur

- Biver, Nico (2015) Wieviel Rückhalt hat SYRIZA? Betrachtungen über die soziale Basis der griechischen Linken; in: *Z – Zeitschrift marxistische Erneuerung* 26(104), 50–63.
- Calle Collado, Ángel (2013) *La transición inaplazable. Salir de la crisis desde los nuevos sujetos políticos*, Barcelona.
- Camargo, João (2016) Fortschritte und Widersprüche der neuen Regierung; in: *SoZ*, Februar, 13.
- Chiclet, Christophe (2015) Le mouvement protestaire grec de Makrigiannis à Tsipras: 1821–2015; in: *Recherches internationales* 104, 143–157.
- Chondros, Giorgos (2015) Die Wahrheit über Griechenland, die Eurokrise und die Zukunft Europas. *Der Propagandakrieg gegen Syriza*, Frankfurt/M.
- Dräger, Klaus (2015) Die Europäische Linke nach dem Kampf um Griechenland: Plan A, Plan B, Plan C?; in: *Z – Zeitschrift für marxistische Erneuerung* 26(104), 38–49.
- Fernandez Steinke, Armando (2011) Le mouvement 15-M en Espagne; in: *Savoir/agir* 18, 55–66.
- García Durán, Raúl (1991) La lucha de clases: pragmatismo ¿para quién? In: Etxezarreta, Miren (Hg.): *La reestructuración del capitalismo en España, 1970–1990*, Barcelona/Madrid, 427–462.
- González, J.S. (2015) ¿Cuántos votos se necesitan para conseguir un escaño? In: *El País*, 21.12.2015, [http://politica.elpais.com/politica/2015/12/21/actualidad/1450685203\\_335811.html](http://politica.elpais.com/politica/2015/12/21/actualidad/1450685203_335811.html), abgerufen 21.12.2015.
- Heilig, Dominic (o.J.): Die Tragik der portugiesischen Linken ist die fehlende Solidarität. In: Arcary, Valério (Hg.): 25. April 1974 – Die Nelkenrevolution. Das Ende der Diktatur in Portugal. O.O., 267–321.
- Hofmann, Julia (2015) Gewerkschaftsarbeit im Süden Europas: Spanische Gewerkschaften sowie Arbeitsbeziehungen vor und nach der Krise; in: *Journal für Entwicklungspolitik*, 31(2), 11–30.
- Iglesias, Pablo (2015) Understanding Podemos; in: *New Left Review* 93, 7–22.
- Karpozilos, Kostis (2014) La Gauche grecque. À la recherche d'un programme de gouvernement. In: Burgi, Noëlle (Hg.): *La grande régression. La Grèce et l'avenir de l'Europe*, Lormont, 77–103.
- Kompsopoulos, Ioannis (2016) Zentrale Strukturelemente des griechischen Kapitalismusmodell; In: Agridopoulos, Aristotelis/Ilias Papagiannopoulos (Hg.): *Griechenland im europäischen Kontext. Krise und Krisendiskurse*, Wiesbaden, 91–105.
- Konecny, Martin (2015) Syriza unter Druck. Zu den strategischen Perspektiven des linken Regierungsprojektes in Griechenland; in: *Prokla* 45(2), 325–337.
- Kouvelakis, Stathis (2016): *Syriza's Rise and Fall*; in: *New Left Review* 97, 45–70.
- Lopez, Isidro/Rodríguez, Emmanuel (2010) *Fin de ciclo. Financiarización, territorio y sociedad de propietarios en la onda larga del capitalismo hispano (1959–2010)*, Madrid.
- Mateo, Juan José (2016) Ciudadanos rectifica su estrategia y votará a favor de Sánchez. In: *El País*, 24.2.2016, [http://elpais.com/politica/2016/02/24/actualidad/1456297410\\_906858.html](http://elpais.com/politica/2016/02/24/actualidad/1456297410_906858.html), abgerufen: 24.2.2016).
- Mateus, Abel M. (1998) *Economia portuguesa. Crescimento no contexto internacional (1910–1998)*, Lissabon/São Paulo.
- Mateus, Dalia Cabrita (o.J.) Der Kolonialkrieg und der 25. April. In: Arcary, Valério (Hg.) 25. April 1974 – Die Nelkenrevolution. Das Ende der Diktatur in Portugal. O.O., 43–62.
- Mota, Júlio/Lopes, Luís/Antunes, Margarida (2014) *As encruzilhadas da economia portuguesa: da economia global ao Memorando de Entendimento*. In: Mota, Júlio/Luis Lopes/ Margarida Antunes (Hg.): *Perspectivas para uma outra zona euro*, Coimbra, 211–150.
- Münster, Arno (1975) *Portugal. Das Jahr 1 der Revolution. Eine analytische Reportage*, Berlin.
- Ovenden, Kevin (2015) *Syriza. Inside the Labyrinth*, London.
- Ragucci, Flor (2016) Cataluña, el escollo de la izquierda. In: *Página/12* vom 21.3.2016, [www.pagina12.com.ar/imprimir/diario/elmundo/4-295032-2016-03-21.html](http://www.pagina12.com.ar/imprimir/diario/elmundo/4-295032-2016-03-21.html), abgerufen: 21.03.2016.
- Rivero, Jacobo (2015) *Podemos. Objetivo: Asaltar los cielos*, Barcelona.

- Rodríguez López, Emmanuel (2015) Por qué fracasó la democracia en España. La Transición y el régimen del '78, Madrid.
- Romão, António (Hg.) (2006) A economia portuguesa 20 anos após a adesão, Coimbra.
- Rosa, Eugénio (2013) Os grupos económicos e o desenvolvimento em Portugal no contexto da globalização, Lissabon.
- Rosas, Fernando (o.J.) Stichpunkte zu einer Debatte über die Revolution und über die Demokratie. In: Arcary, Valério u.a.: 25. April 1974 – Die Nelkenrevolution. Das Ende der Diktatur in Portugal. O.O., 235–266.
- Sá, Tiago Moreira de (2009) Os Estados Unidos da América e a Democracia Portuguesa (1974–1976), Lissabon.
- Secco, Lincoln (2004) A Revolução dos Cravos e a crise do império colonial português. Economias, espaços e tomadas de consciência, São Paulo.
- Sperling, Urte (1987) Portugal – Von Salazar zu Soares. Krise der Diktatur und Systemstabilisierung in einem europäischen "Entwicklungsland", Marburg.
- Szymanski, Miguel (2015) Courage und Cleopatra; in: Der Freitag, 22.10.2015, <https://www.freitag.de/autoren/der-freitag/courage-und-cleopatra>, abgerufen am 08.04.2016.
- Varoufakis, Yanis (2015) Notre printemps d'Athènes, Paris.
- Zelik, Raul (2015) Mit PODEMOS zur demokratischen Revolution? Krise und Aufbruch in Spanien, Berlin.